

Koalitionsvertrag

der CDU und SPD

"Aus Verantwortung für den Kreis Bergstraße"

(Verabschiedet beim Kreisparteitag der CDU Bergstraße

und beim Unterbezirksparteitag der SPD Bergstraße am 7. Mai 2016)

Bei der Kommunalwahl am 06. März 2016 haben die Wählerinnen und Wähler unseres Kreises der Politik neue Schwerpunkte gesetzt. Die CDU und die SPD im Kreis Bergstraße nehmen mit dem vorliegenden Koalitionsvertrag diesen Auftrag an.

Die hier lebenden Menschen stehen im Mittelpunkt unserer Verpflichtungen. Mit den nachfolgend definierten Schwerpunkten und Aufgaben wollen wir – als Teil der kommunalen Familie – einen Beitrag zur nachhaltigen und guten Entwicklung dieses Kreises leisten. Der weitere Ausbau der Bildungsstandorte, die soziale Gestaltung des Kreises, die zukunftsweisend zu gestaltende Energiewende, die Verkehrsinfrastruktur, die Förderung der wirtschaftlichen Rahmenbedingungen, weitere Qualitätsverbesserungen des ÖPNV, die Schaffung von attraktivem und bezahlbarem Wohnraum sowie die flächendeckende Gesundheitsversorgung sind dabei Themenfelder mit besonderem Augenmerk.

Diese Aufgaben mit der uns als Landkreis zur Verfügung stehenden finanziellen Ausstattung in den kommenden fünf Jahren erfolgreich zu bestreiten, ist eine Herausforderung, die wir nicht allein mit Entschlossenheit bewältigen können. Es wird auch die Bereitschaft zum freundschaftlichen und parteiübergreifenden Dialog, zur mutigen Priorisierung und zum gelegentlichen Kompromiss erforderlich werden.

In diesem Sinne ist die von uns vereinbarte Zusammenarbeit eine Chance für die künftige Entwicklung unseres Kreises, einer Aufgabe, der wir uns stellen und die wir gemeinsam, mit allen 22 Städten und Gemeinden als Partnern, beherzt angehen wollen.

Kreisfinanzen

Kommunale Selbstverwaltung mit gesicherter Finanzausstattung –

Solide Finanzpolitik

Die Partner vereinbaren als Grundsätze:

Die **kommunale Selbstverwaltung** ist die Basis der Bürgergesellschaft. Für die Gemeinschaft und Identität der Menschen haben daher die Kommunen eine entscheidende Bedeutung. Unser Kreis ist als Gemeindeverband ein fester Bestandteil der kommunalen Ebene und erfüllt im Rahmen seiner ihm übertragenen Aufgaben fast ausschließlich Pflichtaufgaben für die Menschen, die in unserem Kreis und damit in den Städten und Gemeinden leben und arbeiten. Nur was von den Städten und Gemeinden nicht geleistet werden kann oder als Querschnittsaufgabe zur Angleichung der Lebensverhältnisse im Kreis anzusehen ist, wird als Aufgabe des Landkreises übernommen.

Die immer noch anhaltenden schwierigen **Rahmenbedingungen für unsere kommunalen Haushalte** stellen die kommunale Selbstverwaltung vor eine besondere Herausforderung. Der Kreis selbst hat sehr wenig Einflussmöglichkeiten bezüglich seiner Finanzausstattung, er ist abhängig von Direktzuweisungen des Bundes bei entsprechend übertragenen Aufgaben sowohl von der Finanzierung der Aufgaben durch das Land als auch durch seine Kommunen im Rahmen des kommunalen Finanzausgleichs (KFA). Die richtige Forderung an Bund und Land nach einer angemessenen Finanzausstattung zur Bewältigung sowohl der Pflichtaufgaben als auch angemessenen freiwilligen Leistungen vor Ort setzt selbstverständlich auch eine solide Finanzpolitik im Kreis **Bergstraße** voraus.

Der Kreis konnte in den vergangenen Jahren seine Finanzhaushalte nur durch die **Aufnahme von Kassenkrediten** ausgleichen und sieht sich – auch durch die Teilnahme am Schutzschirm - der **Schuldenbremse** verpflichtet.

Die Reduzierung des bestehenden Defizits und die langfristige Sicherstellung der kommunalen Finanzen ist das oberste Gebot.

Die durch diesen Koalitionsvertrag definierten Ziele sollen im Rahmen der finanziellen Entwicklung der Kreisfinanzen vorrangig umgesetzt werden.

Die Partner vereinbaren als Ziele:

Das Ziel, einen ausgeglichenen Haushalt zu erreichen, konnte nach den Festlegungen des KFA 2016 sowie den Zuweisungen des Bundes und Landes zur Unterbringung und Betreuung von Flüchtlingen und Asylbewerbern erstmals wieder für den Haushaltsplan 2016 erreicht werden. Wir werden unsere **Sparanstrengungen** zur Erreichung eines dauerhaft ausgeglichenen Haushalts konsequent weiterverfolgen. **Priorität hat für uns, mit der Schuldentrückzahlung zu beginnen und hierbei vorrangig die Kassenkredite zu reduzieren.**

Wir wollen hierdurch die **Handlungsfähigkeit des Landkreises** absichern und die Belastung der Städte und Gemeinden durch die Höhe der Kreisumlage möglichst begrenzen.

Wir werden uns dauerhaft und nachhaltig für die Verbesserung der finanziellen Rahmenbedingungen der kommunalen Ebene einsetzen.

Wir streben eine **Reform der Verwaltungsstrukturen** auf allen Ebenen an. Ziel ist, dass eine Verwaltungsaufgabe nur auf zwei Verwaltungsebenen behandelt wird.

Wir setzen auf eine **Modernisierung der Verwaltung** (eGovernment), in welcher die Dienstleistungen des Kreises möglichst papierlos, transparent und in einer gesicherten und barrierefreien Qualität erbracht werden. Elektronische Anträge müssen ohne Medienbruch bearbeitet und beantwortet werden.

Die Kreisverwaltung soll an den Zielen einer mittelstandorientierten Kommunalverwaltung orientiert werden. Wir streben eine entsprechende Zertifizierung des Landkreises mit dem RAL-Gütezeichen sowie die Umsetzung der dafür vorausgesetzten Serviceversprechen an.

Das **Controlling** soll als **zentrales Steuerungsinstrument der Verwaltungsführung** weiter ausgebaut werden, um wirtschaftliches und kundenorientiertes Verwaltungshandeln weiter zu entwickeln und die Verwaltungsstrukturen zu optimieren. Dies soll auch die Ausgliederungen und Eigenbetriebe umfassen.

Die unterjährigen Berichte sollen neben dem Stand des Haushaltsvollzugs auch die wesentliche Entwicklung der Erträge und Aufwendungen der Eigenbetriebe umfassen.

Wir werden „**Interkommunale Zusammenarbeit**“ dort fördern und unterstützen, wo sie gewollt wird, z.B. bei den Kommunen untereinander, zwischen Kreis und Kommunen und mit Nachbarkreisen.

Wir wollen die Zusammenarbeit in der eng verbundenen Rhein-Neckar-Region weiter vertiefen und die gewachsenen Strukturen stärken. Die Kooperation mit und zwischen anderen Regionen wollen wir aktiv ausbauen. Der Kreis soll hierbei insbesondere für Verbindungen mit der Metropolregion Frankfurt/Rhein-Main sorgen

Bildung

Lernende Region Bergstraße - kein Kind zurücklassen

Die Partner vereinbaren als Grundsätze:

Wir wollen eine lernende Region sein, weil Bildung unser Zukunftspotential ist.

Eine gute Schulbildung ist der beste Garant dafür, dass in unserer prosperierenden Region weiterhin Wohlstand und sozialer Frieden gedeihen können. Gut ausgebildete Menschen sichern unsere positive Entwicklung und machen sie zukunftsfähig. Sie entlasten damit auch unsere Sozialsysteme.

Mit unserem Engagement als Schulträger wollen wir dazu beitragen, dass möglichst jedes Kind einen Schulabschluss erreicht, der ihm eine gute Lebensperspektive und eine Teilhabe am Arbeitsmarkt ermöglicht.

Das umfassende Modernisierungs- und Neubauprogramm für unsere Schulen wird zielorientiert weitergeführt. Wir wollen gewährleisten, dass alle Schulgebäude in einen hervorragenden Zustand versetzt werden und erhalten bleiben.

Dies gilt auch für besondere bauliche Maßnahmen im Rahmen der Inklusion sowie die Schaffung der räumlichen Voraussetzungen für die Betreuung im Rahmen des Familienfreundlichen Kreises Bergstraße oder des Pakts für den Nachmittag sowie den

flächendeckenden Ausbau von ganztägigen Angeboten. Schülerinnen und Schüler sollen unter besten Lernvoraussetzungen und mit moderner Ausstattung lernen können.

Wohnortnahe Schulangebote sind für uns von großer Bedeutung, daher wollen wir auch künftig vor allem bei Grundschulen nach dem Prinzip „kurze Beine – kurze Wege“ handeln.

Es ist ein Markenkern unserer Bildungspolitik, dass wir jedem Kind und Jugendlichen unabhängig von seiner sozialen oder ethnischen Herkunft in gemeinsamer Verantwortung mit den Eltern die gleichen Bildungschancen eröffnen.

Eine bedarfsgerechte Schulsozialarbeit bietet die Chance, frühzeitig Sucht- und Gewaltprävention zu betreiben, Schulversagen zu verhindern und Jugendliche beim Übergang von Schule in den Beruf zu begleiten. Eine enge Zusammenarbeit und Vernetzung von Jugendhilfe, Schule und Kommune ist für uns daher unabdingbar.

Wir bauen ein Netzwerk für lebenslanges Lernen im Kreis auf. So verbessern wir die Fort- und Weiterbildungsmöglichkeiten für alle und fördern die Erhaltung und Schaffung von Arbeitsplätzen. In der Entwicklung von Zentren für lebenslanges Lernen spielen die beruflichen Schulen ebenso wie die Volkshochschulen und selbständigen Abendschulen eine zentrale Rolle.

Die Partner vereinbaren als Ziele:

Moderne Schulbauten, flächendeckende Ganztagsangebote, Mensen, Mediotheken, IT-Ausstattung und moderne naturwissenschaftliche Ausstattung sind hochwertige Standards für eine qualitätsvolle Lernumgebung bei allen Schultypen und Schulen. Wir werden sicherstellen, dass diese hohen Standards gehalten und die technische Entwicklung angepasst werden können. Dafür stellen wir jährlich ausreichende Mittel in den Kreishaushalten ein.

Den Schulentwicklungsplan 2016-2021 wollen wir nach Genehmigung durch das Kultusministerium zielstrebig umsetzen.

Mit den Vorbereitungen für den dann folgenden Schulentwicklungsplan 2021 – 2026 wollen wir so rechtzeitig beginnen, dass dieser noch in der dieser Wahlperiode verabschiedet wird.

Dort, wo Schulgemeinden das wollen, sollten sie sich in allen Schulformen zu Ganztagschulen entwickeln können.

Im Pakt für den Nachmittag werden wir bedarfsorientiert in enger Verzahnung mit den Städten und Gemeinden ein flächendeckendes Angebot für eine Ganztagsbetreuung von 7:30 Uhr bis 17:00 Uhr an Grundschulen mit fachlich qualifizierter Betreuung gewährleisten. Dies gilt auch für die Ferienzeiten. Die baulichen Voraussetzungen hierzu wollen wir durch gezielte Investitionen schaffen.

Der hessische Bildungs- und Erziehungsplan (BEP) für Kinder unter 10 Jahren ist unsere Leitlinie. Damit steigern wir die Qualität frühkindlicher Betreuung, Bildung und Erziehung. Für alle Kinder werden wir durch Zusammenwirken mit den Kommunen in ausreichender Zahl Betreuungsplätze zur Verfügung stellen.

Wir fördern die Kooperation der Haupt- und Realschulen mit den Beruflichen Schulen und Betrieben im Hinblick auf eine frühzeitige Berufsorientierung. Durch eine starke Berufsbezogenheit erhalten die Haupt- und Realschüler bessere Chancen für einen Berufseinstieg.

Wir wollen das im Kreis Bergstraße sehr erfolgreiche Modell der SchuB-Klassen im Rahmen der Möglichkeiten des PuSCH-Programms so weiterentwickeln, dass es der Landesförderung entspricht und damit einen Beitrag leisten, dass jeder Hauptschüler einen Schulabschluss erreicht und somit eine Teilnahme an beruflicher Bildung gegeben ist.

Wir unterstützen die drei Beruflichen Schulen in ihrem Auftrag, dem Fachkräftemangel gemeinsam mit den Betrieben, der Kreishandwerkerschaft und der IHK durch qualifizierte Ausbildung entgegen zu wirken.

Als lernende Bildungsregion wollen wir die Fort- und Weiterbildungsangebote für die Bürgerinnen und Bürger und die Unternehmen verbessern. Wir werden ein Netzwerk der Bildungsberatung und ein regionales Bildungsmanagement für lebenslanges Lernen aufbauen. Eine Integration bestehender kommunaler Weiterbildungsangebote sowie eine Kooperation mit ehrenamtlichen Angeboten sehen wir positiv.

Wir setzen uns für eine bessere finanzielle Ausstattung der Schulsozialarbeit in Kooperation von Land, Kreis sowie Städten und Gemeinden an den Schulen ein. Sie wird eng mit dem neu

aufgelegten Präventionskonzept der Jugendhilfe des Kreises verzahnt und ist ein unabdingbarer Bestandteil des modernen Schulalltags.

Wir wollen die Gymnasien und gymnasialen Oberstufen auch in Ihrer Vielfalt in der Fläche des Landkreises erhalten und damit einer Benachteiligung der ländlich geprägten Odenwald-Region entgegensteuern.

Wir werden die Schulen auf ihrem Weg zur selbständigen Schule unterstützen. Dazu schaffen wir Voraussetzungen durch entsprechende Ausstattung und Strukturen in den Schulverwaltungen, so dass Planung, Budget, Controlling und Qualitätsmanagement das verantwortliche Management durch die Schulleitungen unterstützen. Die Qualifizierung des in den Schulen eingesetzten Personals ist dabei eine wichtige Voraussetzung.

Wir werden auch künftig Schulen in freier Trägerschaft unterstützen.

Die Schülerbeförderung werden wir in enger Abstimmung mit den Schulen bedarfsgerecht sicherstellen und im seitherigen Rahmen kostenfrei durchführen.

Die Arbeit der Kreisschülervertretung und des Kreiselternbeirats werden wir weiterhin unterstützen.

Familien und seniorenfreundlicher Kreis Bergstraße, **Gesundheit und medizinische Versorgung**

Die Partner vereinbaren als Grundsätze:

Familien sind die Keimzelle der Gesellschaft. Menschen übernehmen füreinander Verantwortung über Generationen hinweg. Ohne Familien in ihren unterschiedlichen Formen wäre eine starke Gesellschaft nicht möglich. Wir gestalten den Kreis Bergstraße weiterhin als „Familienfreundlichen Kreis“ und berücksichtigen die Auswirkungen des demographischen Wandels bei allen Entscheidungen.

Wir wollen mit Betreuungsangeboten den Eltern die Vereinbarkeit von Beruf und Familie erleichtern. Kinder und Jugendliche müssen sich bestmöglich entwickeln können. Deshalb sind uns eine aktive Jugendhilfe und der Kinderschutz wichtig.

Ältere Mitbürgerinnen und Mitbürger verfügen über vielfältige Erfahrungen. Wir begrüßen es, wenn sie ihr Engagement in die Gesellschaft einbringen.

Viele Senioren gestalten ihr Leben aktiv. Mit zunehmendem Alter gewinnen ein barrierefreies Umfeld und medizinische Versorgung jedoch stark an Bedeutung. Das sind Voraussetzungen dafür, dass die Menschen ihrem Wunsch entsprechend möglichst lange in ihrer gewohnten häuslichen Umgebung leben können.

Die steigende Lebenserwartung bringt Herausforderungen mit sich, denen wir mit wohnortnahen Dienstleistungen zur Entlastung im Alltag altersgerechten Wohnformen, einer adäquaten medizinischen Versorgung und Angeboten der ambulanten wie der vollstationären Pflege begegnen wollen. Wir setzen uns als Koalition für eine wohnortnahe medizinische Versorgung ein.

Unser Leitbild ist die Gleichwertigkeit der Lebensbedingungen in den unterschiedlichen Teilregionen unseres Kreises. Unser besonderes Augenmerk gilt hier ganz besonders dem ländlichen Raum.

Eine qualitativ hochwertige, bürgernahe Gesundheitspolitik und damit die Sicherstellung einer flächendeckenden medizinischen und ärztlichen Versorgung in allen Teilregionen unseres Kreises sind uns wichtig. Gesundheit ist für uns eine Aufgabe der öffentlichen Daseinsvorsorge und des Gemeinwohls.

Zum dauerhaften Erhalt und Ausbau eines flächendeckenden und hochwertigen Angebots an Leistungen der Gesundheitsversorgung und Pflege müssen die kommunalen Einfluss- und Gestaltungsmöglichkeiten sachgerecht Berücksichtigung finden. Eine bedarfsgerechte, an demographische Entwicklungen angepasste Versorgungssteuerung kann nur in enger Kooperation mit kommunalen Entscheidungsträgern gelingen.

Bei einem mit den kommunalen Entscheidungsträgern erarbeiteten tragfähigen Konzeptes der ärztlichen Versorgung im Odenwaldteil unseres Kreises, wie eventuell „Luise Light“, ist eine anteilige Beteiligung des Kreises an der Finanzierung von Investitionen vorstellbar.

Die Partner vereinbaren als Ziele:

Die Betreuungsangebote für Kinder unter drei Jahren, im Kindergarten und in den Grundschulen sollen bedarfsgerecht, auch mit entsprechenden Öffnungszeiten, ausgebaut werden.

Das Konzept „Familienfreundlicher Kreis“ soll fortgesetzt und der „Pakt für den Nachmittag“ an möglichst vielen Grundschulen etabliert werden. Hierbei sind flexible Öffnungszeiten, arbeitsplatznahe Angebote und Qualität der Betreuung sowie frühkindliche Bildung von besonderer Bedeutung.

Die ganztägigen Angebote und Ferienbetreuungen an den Schulen werden wir erweitern.

Den Übergang zwischen KITA und Grundschulen auf Basis des hessischen Bildungs- und Erziehungsplanes (BEP) wollen wir aktiv begleiten.

Die Inklusion setzen wir auf Grundlage des von der Kreisteilhabekonferenz entwickelten und vom Kreistag beschlossenen Leitbildes für den Kreis Bergstraße um. Sie muss sich am Wohl des Kindes orientieren.

Bei Kindern, die einen starken erzieherischen oder pädagogischen Betreuungsbedarf haben, setzen wir auf Erziehungsvereinbarungen zwischen Eltern, Jugendamt und Schule.

Die Situation Alleinerziehender beim Wiedereinstieg in den Beruf soll durch einen weiteren Ausbau der Kinderbetreuung in Randzeiten und durch individuell ergänzende Angebote (z.B. der Tagespflege) verbessert werden.

Wir werden die Wohn- und Pflegeberatung für Senioren stärken. Die Seniorenberatungsstellen und Pflegestützpunkte werden wir erhalten.

Wir wollen Prävention, Gesundheitsförderung sowie Gesundheitsbildung für alle Altersgruppen ausbauen. Insbesondere Seniorinnen und Senioren wollen wir im Umgang mit den neuen Medien stärken.

Ziel unserer gemeinsamen, kommunalen Gesundheitspolitik ist die dauerhafte Gewährleistung eines guten und für alle Teilregionen wohnortnahen Angebots in der Gesundheitsversorgung und Pflege, inkl. Kurzzeitpflege zur Unterstützung pflegender Angehöriger.

Unser Ziel ist dabei die dauerhafte Sicherung einer flächendeckenden, qualitativ hochwertigen und bezahlbaren Gesundheitsinfrastruktur, der Aufbau eines leistungsfähigen Netzwerkes aller Gesundheitseinrichtungen und damit die verstärkte Zusammenarbeit aller Akteure im Bereich der Gesundheit und Pflege.

Die Versorgung mit niedergelassenen Ärzten und weiteren ambulanten Angeboten in allen Teilregionen des Kreises ist von besonderer Bedeutung. Dabei muss jedoch der ländliche Raum separat bewertet werden. Drohende Versorgungsdefizite in der Gesundheitsvorsorge – Ärzte, Notfallversorgung, Bereitschaftsdienste - wollen wir entgegenwirken und dabei u.a. die aktive Ansiedlung von Allgemeinmedizinern und Fachärzten besonders fördern. Die Nachfolge bei Praxiswechsel wollen wir durch gezielte Ansiedlungsförderung für niedergelassene Ärzte, durch Neuorganisation von Bereitschaftsdiensten und Entwicklung von Weiterbildungsverbänden sowie neuer integrierter Versorgungssysteme sicherstellen.

Medizinische Versorgungszentren, rollende Arztpraxen und wohnortnahe Alten- und Krankenpflege nach dem Modell der „Gemeindepflege“ wollen wir bedarfsgerecht unterstützen.

Wir setzen uns für eine bürgernahe Neuregelung des Ärztlichen Bereitschaftsdienstes ein. Ärztliche Bereitschaftsdienste und Apothekennotdienste sind besser zu koordinieren und für alle Bürger und Bürgerinnen zugänglich zu machen.

Wir wollen eine Abstimmung der medizinischen Leistungsangebote der Krankenhäuser im Kreis Bergstraße erreichen.

Die eingerichteten Foren zur medizinischen Versorgung im stationären und im niedergelassenen Bereich sollen zu einer regelmäßigen Gesundheitskonferenz im Kreis Bergstraße weiterentwickelt werden.

Wir wollen eine Verbesserung der Versorgungssituation Demenzkranker und ihren pflegenden Angehörigen.

Auf die Vorzüge gesunder Ernährung sowie regionale und saisonaler Lebensmittel wollen wir aktiv hinweisen.

Der Kreis Bergstraße verfügt über sehr gute Strukturen in der stationären und ambulanten Hospizarbeit. Diese Strukturen wollen wir unterstützen.

Die Palliativversorgung soll flächendeckend durch Ausbau und Abstimmung vorhandener Strukturen verbessert werden. Die Kurzzeitpflege hat weiterhin große Bedeutung und soll pflegende Angehörige unterstützen.

Sozialer Kreis Bergstraße

Sozial- und Jugendhilfe – Teilhabe / Inklusion – Integration – Sozialer Wohnungsbau

Die Partner vereinbaren als Grundsätze:

Menschen, die in eine Situation geraten sind, die sie alleine nicht mehr bewältigen können, bedürfen der Hilfe der Gemeinschaft.

Aufgabe der Sozialhilfe ist es daher, den Leistungsberechtigten die Führung eines Lebens zu ermöglichen, das der Würde des Menschen entspricht. Der Kreis sollte daher die Instrumente der Sozialhilfe mit dem Ziel einsetzen, Menschen die Rückkehr in ein selbst finanziertes Leben zu ermöglichen. Die Instrumente der Sozialhilfe sollen durch den Landkreis mit Blick auf den Einzelnen gewählt und eingesetzt werden.

Das von der Kreisteilhabekonferenz erarbeitete und vom Kreistag einstimmig beschlossene Leitbild für den Kreis Bergstraße ist die Grundlage für Inklusion und damit Teilhabe am gesellschaftlichen Leben. Diese Arbeit soll vertieft werden.

Sie ist eine gesamtstaatliche Aufgabe und muss in allen Lebensbereichen verankert werden.

Im Kreis Bergstraße leben seit Jahrzehnten Menschen mit Migrationshintergrund. Dies war und ist eine Chance und Bereicherung für unsere Gesellschaft.

Wir wollen eine Willkommens- und Anerkennungskultur für Menschen verwirklichen, die ihre Heimat verlassen haben. Sie sollen schnell und erfolgreich integriert werden. Wer unsere gemeinsamen Werte anerkennt, diese mit uns teilt, wer mit uns anpackt und unser Land voranbringen will, ist uns willkommen.

Damit dies gelingen kann, setzen wir uns für ausreichende Wohn- und Betreuungsangebote sowie für angemessene Sprachkurse ein. Dies ist der Schlüssel für eine gelingende Integration in den Arbeitsmarkt und die Gesellschaft und damit Teilhabe am Leben in unserem Land.

Wohnen findet in den Städten und Gemeinden unseres Kreises statt.

Wir setzen uns dafür ein, die Schaffung von Wohnraum in den Städten und Gemeinden unseres Kreises zu verstärken, um der schon vorhandenen und sich weiterer abzeichnenden Nachfrage entsprechen zu können.

Die Partner vereinbaren als Ziele:

Die bestehenden Angebote der präventiven Jugendarbeit werden weiterentwickelt.

Beratungsinstitutionen, Jugendpflege und Schulsozialarbeit wird erhalten und der sich verändernden Entwicklung angepasst. Präventive Angebote durch frühzeitige Hilfen sollen durch Beratungen auch schon in Krippen, Kindertagesstätten und Grundschulen weiterhin allen Betroffenen zugänglich gemacht werden. Wo wirtschaftlich sinnvoll, werden bestehende private Angebote der Jugendhilfe durch neue Angebote des Landkreises ergänzt.

Wir wollen Menschen mit Behinderungen die Teilhabe am gesellschaftlichen Leben ermöglichen. Dazu müssen Angebote für behinderte Menschen weiter ausgebaut und vernetzt werden. Instrument hierzu soll eine Behindertenkommission unter Beteiligung der wesentlichen gesellschaftlichen Akteure sein.

Die Behindertenhilfe Bergstraße, die mit drei Standorten Arbeitsplatz- und Wohnangebote für Menschen mit Behinderungen geschaffen hat, werden wir weiterhin unterstützen.

Die Flüchtlingsproblematik ist eine gesamtstaatliche Aufgabe, daher werden wir auf Basis unserer gesellschaftlichen Rechts- und Werteordnung mit der Landes- und Bundesebene konstruktive Lösungen anstreben, erarbeiten und umsetzen.

Wir unterstützen die Integration der Kinder mit Migrationshintergrund in die Schulen.

Wir fördern Projekte zur Aufnahme und partnerschaftlichen Begleitung von Migrantinnen und Migranten sowie verstärkte Zusammenarbeit mit Kirchen, Vereinen und gesellschaftlichen Gruppen.

Wir wollen die interkulturelle Öffnung der Verwaltungen und die Einstellung von Mitarbeiterinnen und Mitarbeitern mit Migrationshintergrund.

Flüchtlinge brauchen eine menschenwürdige Unterkunft. Wir begrüßen die Zusammenarbeit von Kommunen mit Bauträgern, die bedarfsgerecht Wohnraum für Flüchtlinge erstellen. Dieser kann zu einem späteren Zeitpunkt auch anderen Nutzergruppen zur Verfügung gestellt werden, z.B. im Rahmen des sozialen Wohnungsbaus. So kann der Landkreis seine Städte- und Gemeinden bei deren Aufgabe zusätzlichen Wohnraum für die Bevölkerung zur Verfügung zu stellen, aktiv unterstützen.

Wir werden uns gemeinsam mit dem Hessischen Landkreistag als unserem kommunalen Spitzenverband auch weiterhin für einvernehmliche Lösungen der damit verbundenen Finanzierungsfragen einsetzen.

Für die notwendige Schaffung von Wohnraum für alle Bevölkerungsschichten werden wir uns mit den Städten- und Gemeinden einerseits und der regionalen Raumordnung andererseits für die zur Verfügungsstellung von Bauland einsetzen. Hierbei soll der Vorrang „Innenentwicklung vor Außenentwicklung“ gelten.

Wohnungsleerstände in ländlichen Regionen des Kreises sollen verhindert werden.

Aktive Bürgergesellschaft

Ehrenamtliches Engagement - Bürgerbeteiligung

Die Partner vereinbaren als Grundsätze:

Viele Bürgerinnen und Bürger wollen sich heute zunehmend mehr an politischen Entscheidungsprozessen auf Ebene unseres Kreises beteiligen und sich mit ihren Erfahrungen, ihrem Wissen und ihren Kompetenzen einbringen können. Wir verstehen diesen Wunsch als große Chance, Demokratie lebendig zu halten.

Demokratie lebt von Beteiligung. Dazu wollen wir Angebote machen und für politisches Engagement auf Ebenen unseres Kreises werben. Die Erprobung und Einführung verschiedener Formen der Bürgerbeteiligung ist daher ein Gebot der Stunde. Von der

erfolgreichen Gestaltung des Verhältnisses zwischen Bürgerinnen und Bürgern und gewählten Politikern und Amtsträgern erhoffen wir uns positive Impulse für die politische Kultur, wie auch für die Bekämpfung von Politikmüdigkeit und Desinteresse an politischen Sachverhalten und Entwicklungen. Deshalb unterstützen wir eine aktive Bürgergesellschaft und sehen darin auch eine Chance, jungen Menschen bei der Gestaltung ihrer Lebensbereiche Impulse zu geben.

Das breite ehrenamtliche Engagement leistet einen unverzichtbaren Beitrag zum gesellschaftlichen Zusammenhalt. Ohne diesen Einsatz wäre vieles im Kreis Bergstraße nicht möglich. Wir unterstützen daher weiterhin eine Kultur des Ehrenamtes als Grundlage für die Freiwilligen Feuerwehren, Rettungsdienste und Hilfsorganisationen. Deshalb unterstützen wir diejenigen, die sich aufopfernd und unentgeltlich für soziale Belange, die Sicherheit der Mitmenschen, die Integration oder den Erhalt der Umwelt und des Naturschutzes einsetzen oder sich in der Kultur oder dem Sport engagieren. Sie verdienen Anerkennung und Wertschätzung. Angesichts der gesellschaftlichen Entwicklung wollen wir dazu beitragen, junge Menschen für ehrenamtliches Engagement zu gewinnen.

Wichtig ist es daher für uns, das gesamte ehrenamtliche Engagement weiter zu unterstützen und zu fördern, so dass ehrenamtlich Tätige ihre Arbeit – auch unter sich verändernden gesellschaftlichen Bedingungen – anbieten können.

Die Jugendarbeit in Vereinen und Verbänden soll auch künftig als Schwerpunkt der Vereinsförderung angesehen werden.

Als Dank und Anerkennung wird an den bestehenden Ehrungen für ehrenamtlich Tätige festgehalten.

Die Partner vereinbaren als Ziele

Innerhalb klar definierter Regeln wollen wir Beteiligungsprozesse bei Projekten auf Kreisebene initiieren, Bürgerinnen und Bürger frühzeitig in Planungen einbeziehen und alle Betroffenen miteinander vernetzen.

Bürgerbeteiligungen zu wichtigen Themen des Kreises wie etwa dem Schulentwicklungsplan, erneuerbare Energien, Auswirkungen des demografischen Wandels, wichtige

Infrastrukturprojekte usw. werden wir aktiv betreiben und dabei insbesondere auch die Möglichkeiten der sozialen Medien sowie des eGovernment nutzen.

Wir wollen ein Ideen- und Beschwerdemanagement aufbauen, welches für den Landkreis perspektivisch aber auch interkommunal für alle Kommunen des Kreises zur Verfügung stehen soll.

Die kommunale Jugendbildungsarbeit soll evaluiert und ggf. den heutigen gestiegenen Anforderungen angepasst werden. Es ist für uns unverzichtbar, sich mit den bestehenden städtischen und ehrenamtlichen Initiativen auf lokaler Ebene zu vernetzen und eine enge Zusammenarbeit zu pflegen.

Ehrenamtliches Engagement werden wir offensiv fördern.

Vereine und Organisationen sowie ihre Dachverbände auf Kreisebene werden wir weiterhin unterstützen.

Die gebührenfreie Nutzung aller kreiseigenen Sporthallen für den Trainings- und Spielbetrieb durch die Vereine soll in Abstimmung mit den Städten und Gemeinden erhalten bleiben.

Die Unterstützung der Übungsleiterausbildung wird fortgesetzt.

Wir werden dafür sorgen, dass die Sicherheit der Bürgerinnen und Bürger im Kreis Bergstraße im Falle eines Großereignisses durch den Katastrophenschutz weiterhin gewährleistet bleibt. Die Mitglieder der Hilfsorganisationen sollen die Möglichkeit auf einen aktuellen Ausbildungsstand bekommen und eine sichere Ausrüstung sowie entsprechende Räumlichkeiten haben.

Die Freiwilligen Feuerwehren sollen erhalten bleiben, dazu ist Nachwuchsförderung erforderlich. Wir setzen uns für eine verstärkte Zusammenarbeit der Wehren ein.

Wir setzen uns dafür ein, dass die Rettungsfristen auch zukünftig eingehalten werden.

Die Heimatvertriebenen unterstützen wir bei der Förderung der Erinnerungskultur.

Energie, Umwelt und Landwirtschaft

Die Partner vereinbaren als Grundsätze:

Eine sichere, saubere und bezahlbare Energieversorgung ist die Grundlage für stabile Arbeitsplätze und Wohlstand. Dabei werden wir darauf achten, dass die Umwelt weniger belastet wird, die Belange des Landschafts- und Naturschutzes beachtet werden und die Leistungsfähigkeit unserer Industrie und Landwirtschaft erhalten bleibt. Deshalb wollen wir kluge und nachhaltige Lösungen. Richtschnur unseres Handelns ist der Energiekonsens des Landes Hessen.

Wir wollen dazu beitragen, den Kreis Bergstraße nachhaltig und ressourcenschonend zu entwickeln. Energie sparen heißt Klima schützen. Alle Maßnahmen unterliegen daher dem Gebot der Nachhaltigkeit.

Dies bedeutet, dass der Kreis auf der einen Seite möglichst regenerativ mit Energie versorgt wird, Energiesparmaßnahmen bei kreiseigenen Liegenschaften durchgeführt werden und auf der anderen Seite gute regionale Energie-Produkte angeboten werden.

Die Errichtung von Anlagen für Nutzung der erneuerbaren Energien ist jedoch nur möglich, wenn die Akzeptanz der Bürgerinnen und Bürger vor Ort für neue Anlagen, hier besonders für Windkraftanlagen, erzielt wird und die Anlagen auch effizient und wirtschaftlich sind. Die Akzeptanz vor Ort erfordert zwingend Transparenz. Bei der Flächenfestlegung für die Windenergie unterstützt der Kreis die Gemeinden in ihrer Planung von Vorrangflächen. Der Kreis erkennt die jeweiligen Interessen und Beschlussfassungen der Kommunen an und unterstützt sie aktiv bei der Umsetzung. Eine zu starke Konzentration bei einzelnen Gemeinden lehnen wir ab. Maßgeblich für die Ausweisung ist der künftige Regionalplan Südhessen.

Zentrales Element unserer Umweltaktivitäten ist die Herausforderung, Klimaschutz, Naturschutz und Umweltschutz aufeinander abzustimmen. Der Grundsatz der Nachhaltigkeit stellt hierbei die Grundlage aller Maßnahmen dar.

Wir setzen beim Erhalt und der Pflege von Natur und Umwelt auf Freiwilligkeit und Kooperation aller Beteiligten vor Ort.

Die Hegebemühungen der Jägerschaft in den vergangenen Jahren haben sich bewährt, sie leisten damit im Kreis Bergstraße einen wichtigen Beitrag für den Naturschutz, für die Artenvielfalt in Wald, Feld und Flur. Auf die Erhebung einer Jagdsteuer wird weiterhin verzichtet.

In unserem Kreis gibt es hervorragende Bodenqualitäten. Dies ist die Grundlage für eine leistungsstarke Landwirtschaft.

Wir fördern die Regionalität der landwirtschaftlichen Produktion und sehen darin eine große Chance die Leistungsfähigkeit unserer Landwirtschaft auszubauen. Die großen regionalen Unterschiede in den Teilregionen Ried, Bergstraße und Odenwald/Neckartal sehen wir als eine Chance, den unterschiedlichen Herausforderungen gerecht zu werden.

Die Partner vereinbaren als Ziele:

Das Kernkraftwerk Biblis muss sicher und zügig zurückgebaut werden. Wir fordern eine transparente und verständliche Informationspolitik des Betreibers und aller zuständigen Stellen der Landes- und Bundesebene. Der Kreis und die Gemeinde Biblis als Standortgemeinde sind in das Verfahren aktiv einzubinden. Im Standortzwischenlager in Biblis für abgebrannte Brennelemente soll nur die Menge an Brennelementen gelagert werden, die der Menge entspricht, die im Kraftwerk angefallen ist.

Wir wollen alle Möglichkeiten nutzen, die Energieversorgung der Liegenschaften des Kreis Bergstraße zu optimieren und mit regenerativen Energien zu versorgen. Dazu zählt in erster Line, sowohl die Energieeinsparung zielstrebig weiter zu verfolgen als auch die verbleibende Energieversorgung künftig weitgehend aus regenerativen Energien zu versorgen. Im Einvernehmen mit den betroffenen Kommunen wollen wir hierzu alle Möglichkeiten der regenerativen Energiegewinnung wie Sonnenenergie (Solar und Photovoltaik), Wasserkraft, Biomasse und Windenergie nutzen.

Eine kreisweite Energieberatung durch die Energieagentur der Wirtschaftsförderung Bergstraße wird von uns weiterhin unterstützt und gefördert.

Bei allen wasserbaulichen Maßnahmen wird darauf geachtet, dass die Wasserrahmenrichtlinien umgesetzt werden.

Wir werden den Schutz von Naturräumen und schutzwürdigen Landschaften im Einvernehmen mit unseren Kommunen weiterentwickeln.

Gemeinsam mit den Städten und Gemeinden wollen wir ein Klimaschutzkonzept erarbeiten.

Den Hochwasserschutz an den Gewässern im Kreis werden wir weiterhin unterstützen und schützen dadurch u.a. hochwertige landwirtschaftliche Flächen.

Die Möglichkeiten einer ausgewogenen Energieproduktion zur Biomassegewinnung in der Forst- und Landwirtschaft unterstützen wir.

Wir werden uns dafür einsetzen, den Verbrauch landwirtschaftlicher Flächen bei der Abwägung unterschiedlicher Bedarfe bei regionaler Betrachtung angemessen zu beurteilen und zu minimieren. Innenentwicklung geht vor Außenentwicklung. Die Interessen und der umfassende Schutz der Bevölkerung und Nachbarschaft finden dabei gleichrangige Berücksichtigung.

Bei der Schaffung von Ausgleichsflächen sollen qualitative Verbesserungen im Vordergrund stehen.

Infrastruktur, Verkehr und Mobilität

Die Partner vereinbaren als Grundsätze:

Der Kreis Bergstraße liegt im Herzen Europas an der Schnittstelle der zwei wirtschaftsstarken Metropolregionen Rhein-Neckar und Frankfurt/Rhein-Main. Dies bietet enorme Chance in der Region und stellt entsprechende Anforderungen an Mobilität und Verkehrsinfrastruktur. Gute Verkehrsanbindungen sowie ein flexibles Mobilitätsangebot sind wichtige Voraussetzungen, damit der Kreis Bergstraße diese Chance nutzen und die Menschen davon profitieren können.

Der Kreis Bergstraße ist ein großer Flächenkreis und die Lebensader dafür ist eine sehr gute Verkehrsinfrastruktur sowie Mobilität, auf die die in diesem Kreis lebenden und arbeitenden Menschen angewiesen sind. Die Bedingungen für Mobilität entscheiden daher auch, wie attraktiv eine Stadt oder Gemeinden für ihre Bevölkerung ist.

Der Individualverkehr und der öffentliche Personennahverkehr sind gleichrangig zu entwickeln. Die Gleichwertigkeit der Lebensbedingungen in allen Teilregionen des Kreises Bergstraße ist nicht nur ein Gebot der Gerechtigkeit und zentral für die öffentliche Daseinsvorsorge, sondern auch ein harter Standortfaktor.

Die S-Bahn Rhein-Neckar ist eine Erfolgsgeschichte, deren zweite Ausbaustufe mit der Anbindung des Kreises Bergstraße keine weitere Verzögerung erfahren darf. Der Lückenschluss nach Rhein-Main auf der Main-Neckar-Bahn sowie der Riedbahn muss gelingen. Beide Strecken bilden das zentrale Rückgrat des ÖPNV im Kreis Bergstraße.

Der vom Kreistag am 16.12.2013 beschlossene Nahverkehrsplan Kreises Bergstraße 2014-2018 befindet sich in der Umsetzung. Bis zur Fortschreibung sollen verstärkt Anregungen, Beschwerden und Fahrgastwünsche aufgenommen und angemessen berücksichtigt werden.

Wir wollen mit modernen Mobilitätskonzepten sicherstellen, dass auch in kleineren Orten ein attraktives ÖPNV-Angebot zur Verfügung steht.

Wir wollen gemeinsam mit den Städten und Gemeinden sowie VRN und den Verkehrsunternehmen alternative Mobilitätsangebote etablieren sowie neue Konzepte initiieren und unterstützen, um über flexible Bedienformen und Nahbussysteme eine feingliedrige Erschließung von Wohngebieten mit einem attraktiven Angebot sicherstellen können. Dazu gehört auch ein Angebot an den späteren Abendstunden und an Wochenenden.

Die Angebote müssen jedoch bezahlbar bleiben. Bezahlbare Mobilität wird langfristig nur zu erhalten sein, wenn Infrastruktur, Verkehrsträger und Antriebe nachhaltig ressourcenschonend und klimafreundlich sind. Der Kreis Bergstraße muss sich deshalb mit Themen wie Elektromobilität und alternativen Antriebsystemen beschäftigen.

Die Partner vereinbaren als Ziele:

Unsere Aufgabe muss sein, sicherzustellen, dass alle Menschen im Kreis gleichermaßen mobil sein können. Wir wollen alle 22 Städte und Gemeinden darin unterstützen, ihren Bürgerinnen und Bürgern auch in Zukunft eine bedarfsgerechte Mobilität zu ermöglichen. Ein gutes Mobilitätsangebot ist ein zentraler Bestandteil der Daseinsvorsorge.

Wir unterstützen den baldigen Start der S-Bahn-Strecken auf der Rhein-Neckar-Strecke und der Riedbahn und deren optimale Verknüpfung mit den Busverkehren im Rahmen der Umsetzung des Nahverkehrsplanes sowie der Anschlüsse an Weschnitztalbahn und Nibelungenbahn.

Wir fordern und unterstützen eine optimierte Zusammenarbeit der Verkehrsverbände VRN und RMV. Verbundgrenzen dürfen für Fahrgäste keine Mobilitätsgrenzen sein. Deshalb sollen verstärkte Anstrengungen unternommen werden, tarifliche Hürden abzubauen, verbundübergreifende Verkaufs- und Vertriebsangebote einzuführen und Lücken im Verkehrsangebot zu schließen.

Wir wollen die Botschaften der Fahrgäste sowie der Städte und Gemeinden aufnehmen und uns bei Problemen um Abhilfe kümmern. Dazu wollen wir eine Kommunikationsplattform als Basis für ein Qualitätsmanagement und die Kommunikation einrichten. Wir werden einen Fahrgastbeirat einrichten.

Der geltende Nahverkehrsplan 2014-2018 soll zeitnah fortgeschrieben und in Nahverkehrsplan 2019 – 2023 überführt werden. Die zwischenzeitlich erkennbaren wesentlichen Erkenntnisse aus Qualitätsmanagement und Kommunikation sollen dabei eingearbeitet werden.

Für den Ausbau des ÖPNV setzen wir insbesondere auch auf flexible und bedarfsgesteuerte Systeme wie Anrufsammeltaxen, Rufbusse oder die Förderung von Fahrgemeinschaften und Carsharing. Wir setzen uns ein für eine Prüfung einer direkten Buslinie aus dem Weschnitztal nach Bensheim sowie die Optimierung der ÖPNV-Verbindungen zu den Nachbarkreisen.

Wir unterstützen nachhaltig die großen Infrastrukturprojekte wie S-Bahn, ICE-Neubaustrecke, Nibelungenbahn, Weschnitztalbahn, sowie die großen Straßenbauprojekte A5, A67, B 37 Neckartal, B 38a Umgehung Mörlenbach und deren Fortführung um Rimbach und Fürth, B 44 Lampertheim, den kompletten Ausbau der B 47 zwischen Bensheim und Worms sowie einen weiteren Autobahnanschluss Heppenheim-Süd an die A 5.

Für den Fall des Baus einer ICE-Neubaustrecke Rhein-Main/Rhein-Neckar entlang der A 67 muss der Kreis Bergstraße auch weiterhin die Interessen der Region vertreten und entschieden dafür eintreten, dass die Streckenführung keine unzumutbaren Belastungen für

Mensch und Umwelt bringen darf. Im Einklang mit Beschlüssen und Resolutionen des Kreistages sowie der betroffenen Städte und Gemeinden fordern wir weiterhin eine möglichst weitgehende Bündelung mit der A 67 nach Süden. Von der Neubaustrecke dürfen die Menschen im Kreis nicht nur die Lasten tragen, sondern müssen davon auch profitieren können.

Wir wollen, dass die Öffentlichkeit an der Projektentwicklung angemessen beteiligt wird.

Wir unterstützen Landrat Engelhardt in seinen Bemühungen, diese Beteiligung über einen Projektbeirat zu erreichen, in dem Bund, Bahn, Land, Kommunen sowie Vertreterinnen und Vertreter der Region und der Bürgerinitiativen gemeinsam Verantwortung übernehmen.

Wir wollen die Kreisstraßen sanieren und in gutem Zustand erhalten.

Wir setzen uns für den Ausbau von Radwegenetzen und ihrer Beschilderung ein.

Die Verfügbarkeit schneller IT-Netze ist Grundlage für eine positive Entwicklung unseres Kreises. Wir stehen für eine starke digitale Infrastruktur. Wir unterstützen daher den dringend erforderlichen weiteren Breitbandausbau in allen Teilgebieten unseres Kreises und einen kraftvollen Ausbau öffentlicher WLAN-Hotspots. Der Kreis Bergstraße soll Innovationsregion werden.

Der Wirtschaftsförderungsgesellschaft des Kreises kommt daher eine große Bedeutung zu.

Wirtschaft und Arbeit, Kultur und Tourismus

Die Partner vereinbaren als Grundsätze:

Die Lage des Kreises als Teil der Metropolregionen Rhein-Neckar und Frankfurt/Rhein-Main war in der Vergangenheit Grundlage für die gute Entwicklung unseres Kreises.

Wir stehen für ein Zusammenwachsen dieser beiden Metropolregionen. Der Kreis Bergstraße kann dabei als Scharnier zwischen den beiden Regionen eine Schlüsselrolle übernehmen.

Wir wollen weiterhin dafür sorgen, dass durch eine gute Infrastruktur Investitionen in die Arbeitsplätze von Morgen im Kreis Bergstraße entstehen. Die enge Verzahnung von Arbeit, Verkehr, Tourismus und kulturelle Angebote ist Voraussetzung für eine gleichmäßige Weiterentwicklung in allen Teilgebieten unseres Kreises.

Dabei wird der Wirtschaftsförderungsgesellschaft mit der Tourismusförderung große Bedeutung beigemessen.

Der Mittelstand nimmt im Kreis eine prägende Rolle ein und ist daher für uns von zentraler Bedeutung. Neben dem Festhalten am „Bergsträßer Modell“ kann auch die Energiewende eine zentrale Rolle bei der Entwicklung des Mittelstandes spielen. Wir wollen die dezentrale Energiewende voranbringen und dadurch Arbeitsplätze und Wertschöpfung vor Ort erreichen und erhalten.

Das Schaffen von neuen und das Erhalten bestehender Arbeitsplätze ist weitgehend Aufgabe der Privatwirtschaft. Wir wollen durch gute Rahmenbedingungen die Wirtschaft verlässlich begleiten.

Große Bedeutung kommt auch in Zukunft dem Eigenbetrieb Neue Wege, dem kommunalen Jobcenter zu. Eine große Herausforderung wird in nächster Zukunft die Integration von Flüchtlingen in den Arbeitsmarkt sein.

Die Bergsträßer Kultur und Naturlandschaft bietet – auch wegen der räumlichen Anbindung an viele Großstädte und internationale Verkehrsknotenpunkte – hervorragende Voraussetzungen für eine weitere positive touristische Entwicklung. Die vielfältige und gute Kulturarbeit liegt bei den Städten und Gemeinden und dort bei vielen Institutionen, Vereinen und Einzelpersonen. Sie strahlt weit über die Kreisgrenzen hinaus und lässt zunehmend Menschen aus den umliegenden Regionen unser touristisches und kulturelles Angebot wahrnehmen. Kultur, Natur und Tourismus bilden ein ausgewogenes Ambiente, das allgemein große Beachtung findet.

Beim Tourismus gilt jedoch: Grenzen überwinden. Wir streben eine engere Kooperation bestehender Tourismusorganisationen an, ohne dabei die gewachsenen Strukturen über Bord zu werfen. Dem UNESCO Geopark Bergstraße-Odenwald messen wir große Bedeutung bei.

Die Partner vereinbaren als Ziele:

Eine starke Wirtschaftsförderung, die Unternehmensansiedlungen akquiriert und den Bestand pflegt, führt zu steigenden kommunalen Einnahmen von den sowohl die Städte und Gemeinden als auch der Kreis Bergstraße profitiert. Die Wirtschaftsförderung des Kreises Bergstraße soll daher insbesondere in Fragen der Gründungsberatung und Pflege vorhandener Unternehmen verstärkten Service bieten.

Zur Förderung des Mittelstandes wollen wir bei anstehenden Auftragsvergaben vor allem im Bereich des Schulbaus durch den Eigenbetrieb Schule und Gebäudewirtschaft weiterhin am erfolgreichen „Bergsträßer Modell“ festhalten. Hierbei spielen der lokale Bezug und die Tariftreue eine entscheidende Rolle.

Die gute Arbeitsplatzsituation im Kreis Bergstraße verdanken wir einer kreativen und engagierten Unternehmerschaft, der guten Lage in den beiden Metropolregionen sowie der Förderung durch die Kreispolitik. Wir wollen weiterhin günstige Voraussetzungen für ein erfolgreiches Unternehmertum auf der Grundlage der sozialen Marktwirtschaft zum Wohle unserer Bürgerinnen und Bürger schaffen.

Wir unterstützen die Kommunen sowohl bei der Ausweisung von neuen Gewerbegebieten als auch von interkommunalen Gewerbegebieten.

Wir wollen den ländlichen Raum stärken, um der Landflucht zu begegnen. Menschen sollen sich auch auf dem Land wohlfühlen und dort gerne leben und arbeiten. Wir unterstützen alle Aktivitäten dahingehend, dass die Menschen im ländlichen Raum selbst zu Akteuren eines entsprechenden Prozesses werden. Wichtig dabei sind u.a. attraktive Begegnungsstätten, gute Verkehrsanbindungen, Verfügbarkeit schneller IT-Netze, ein vielseitiges schulisches und kulturelles Angebot, eine ausreichende ärztliche ambulante und stationäre Versorgung und bezahlbarer (sozialer) Wohnraum.

Wir wollen Netzwerke schaffen, die unsere Ressourcen auf allen kulturellen und touristischen Gebieten bündeln und stärken. Grenzen sowohl innerhalb unseres Kreises als auch mit den Nachbarkreisen wollen wir dabei überwinden. Dem UNESCO Geopark Bergstraße-Odenwald kommt dabei eine große Bedeutung zu.

Für den Erhalt der Wettbewerbsfähigkeit der touristischen Angebote im Landkreis wollen wir die Qualitätsentwicklung der jeweiligen Anbieter aktiv fördern.

Wir wollen die Strecke der Draisine durch organisatorische Maßnahmen optimieren und attraktiver gestalten, wobei der kommunale Zuschuss möglichst zurückgeführt werden soll.

Die zentralen Plätze der Städte und Gemeinden im Landkreis sowie wesentliche touristische Punkte sollen – in Zusammenarbeit mit den jeweiligen Standortgemeinden – mit WLAN-Zugängen versorgt werden.

Allgemeine Vereinbarungen

Es wird ein Koalitionsausschuss mit jeweils fünf Mitgliedern beider Koalitionspartner gebildet. Der Koalitionsausschuss erfüllt den Koalitionsvertrag mit Leben. Die Parteivorsitzenden gehören dem Koalitionsausschuss an und laden ihn ein.

Es wird eine Koalitionsrunde gebildet, der jeweils drei Mitglieder beider Koalitionspartner sowie die hauptamtlichen Dezernenten angehören. Die Koalitionsrunde bespricht und organisiert die laufenden Fragen des Sitzungsbetriebs des Kreistages und aller sonstigen Gremien. Der Koalitionsrunde gehören jedenfalls die Fraktionsvorsitzenden an, die Fraktionsgeschäftsführer nehmen teil. Die Koalitionspartner gewährleisten, dass bei allen Abstimmungen in Kreisgremien eine eigene Mehrheit der Koalition sichergestellt ist. Über Verwaltungsvorlagen wird aufgrund gemeinsamer Entscheidung beschlossen. Anträge werden grundsätzlich von beiden Fraktionen gemeinsam gestellt. Wenn darüber mit dem Partner Einvernehmen hergestellt wurde, kann eine Koalitionsfraktion auch allein einen Antrag einbringen. Über Anträge Dritter wird gemeinsam entschieden.

Die CDU hat das Vorschlagsrecht für die Stelle des ersten hauptamtlichen Kreisbeigeordneten; die SPD das für den weiteren hauptamtlichen Kreisbeigeordneten.

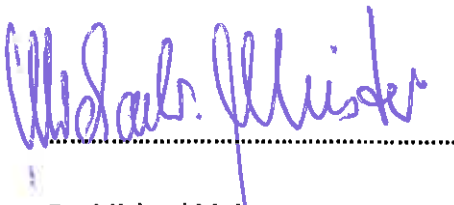
Die Wahl der beiden neuen hauptamtlichen Kreisbeigeordneten wird vor der Sommerpause erfolgen..

Der Landrat erörtert die beabsichtigte Dezernatsverteilung mit der Koalitionsrunde.

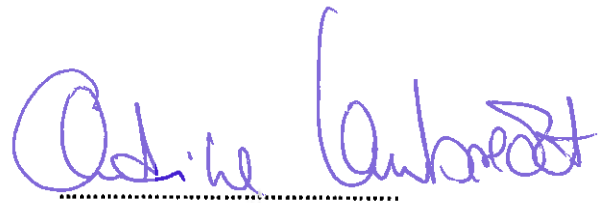
Es wird eine gemeinsame Liste zur Verbandsversammlung der Region Rhein-Neckar erstellt, dabei erhält die CDU zwei und die SPD einen Sitz.

Ein gemeinsamer Vorschlag erfolgt für die Verbandsversammlung des Verkehrsverbundes VRN; hierbei stehen beide Sitze der SPD zu.

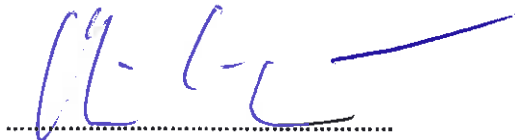
Für den ZAKB unterstützt die Koalition den Wunsch der SPD, entweder 2 Mitglieder im Vorstand oder den Vorsitz in der Verbandsversammlung und ein Vorstandsmitglied zu stellen.



Dr. Michael Meister
Vorsitzender CDU Bergstraße



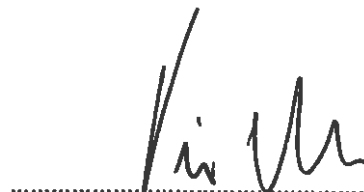
Christine Lambrecht
Vorsitzende SPD Unterbezirk Bergstraße



Christian Engelhardt
Landrat des Kreises Bergstraße



Volker Oehenschläger
Vorsitzender der CDU-Kreistagsfraktion



Josef Fiedler
Vorsitzender der SPD-Kreistagsfraktion